

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Rosen- & Kamp, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.: Dr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Postgebühr monatlich 1,30 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,40 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. (Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.)

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37.

Dresden, Mittwoch den 13. Februar 1918.

29. Jahrg.

Wilson's Antwort.

Die Antwort Wilson's auf die Reden Czernin's und Hertling's ist erfolgt. Wilson hat im amerikanischen Kongress eine Ansprache gehalten, in der er auf die Reden des deutschen Reichskanzlers und des österreich-ungarischen Ministerpräsidenten eingegangen ist. Wie nicht anders zu erwarten war, stellte er die Reden Hertling's und Czernin's einander gegenüber. Während er feststellt, daß die Antwortrede Czernin's in einem sehr freundlichen Tone gehalten war, erklärte er die Äußerungen Hertling's für sehr unbestimmt und behauptet, daß sie den unglücklichen Eindruck der Konferenzen in West-Britannien nicht beseitigen.

Diese Ausführungen Wilson's betätigen, daß die sozialdemokratische Kritik des Verhaltens unserer Unterhändler in West-Britannien und der Rede des Kanzlers richtig war und daß Deutschland durch diese Dinge geschädigt worden ist. Wilson hat mit dem Verständnis der Dinge einverstanden zu sein, so war die Rede des Reichskanzlers nicht geeignet, ihn in dieser Hinsicht zu überzeugen, ebensowenig wie das unklare Verhalten unserer Vertreter in West-Britannien. Ist aber Wilson wirklich, wie in unserer alldeutschen Presse behauptet wird, nur ein Wortwunder, dem es darauf ankommt, durch schöne Reden über den Frieden die pazifistisch gesinnten Angehörigen seines Landes für den Krieg zu gewinnen, so ist ihm durch die Fehler, die Deutschland gemacht hat, das Spiel erleichtert worden.

In allgemeinen kann man von seiner neuesten Rede, soweit man sich aus den vorliegenden Übersetzungen ein Bild machen kann, sagen, daß sie in verständlichem Tone gehalten ist, wenn sie auch wieder viele Allgemeinheiten enthält, mit denen nicht viel anzufangen ist. Aber in dieser Beziehung haben die deutschen Staatsmänner Wilson nichts vorzumerken, da sie ja auch in ihren Reden über Allgemeinheiten nicht hinausgekommen sind und sich zu einer klaren Darlegung ihrer Kriegsziele nicht haben entschließen können. Allerdings scheint die neueste Rede Wilson's auch Forderungen zu enthalten, die wenigstens in der von Wilson aufgestellten Form für Deutschland nicht annehmbar sind. Der Präsident unterrichtet Deutschland die Absicht, daß es den Frieden nur durch Einzelverhandlungen mit den ihm gegenüberstehenden Staaten betreiben will. Gegenüber Japan darauf hingewiesen werden, daß Deutschland sich wiederholt bereit erklärt hat, mit seinen Gegnern einen allgemeinen Frieden abzuschließen und zu gemeinsamen Verhandlungen mit ihnen zuzustimmen. Allerdings wird ihm niemand in Deutschland einen derartigen Friedensvorschlag zu denken, daß Deutschland dort vor einem Gerichtshof steht, in dem durch Mehrheitsbeschlüsse über die Friedensbedingungen entschieden wird. Wenn Wilson wirklich gelagt hat, daß die Reichsstaatsentfaltung vom Juli die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes angenommen hat, so befindet er sich im Irrtum. Der Reichstag hat wohl den dringenden Wunsch, daß sich Deutschland mit allen seinen Gegnern verständigt, aber auch seine Mehrheit will den gegnerischen Staaten nicht das Recht einräumen, bei den Friedensverhandlungen über Deutschland zu verhandeln.

Der Wilson spricht auch wieder eingehend über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nach seiner Meinung ein „geheimnisvoller Grundgesetz“ sei, der von den Staatsmännern nicht mißachtet werden dürfe. Wir stimmen ihm selbstverständlich insofern zu, als auch wir meinen, daß nicht willkürlich über die Wünsche der Völker hinweggegangen werden darf. Aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann nicht so willkürlich angewendet werden, daß jedem Völkchen und jedem Volkswort das Recht gegeben wird, ohne Rücksicht auf die Interessen der übrigen Völker und der bestehenden Staaten willkürlich über sein Schicksal zu entscheiden. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in der glücklichen Lage, daß die Angehörigen der verschiedenen Nationen, die in ihrem Gebiet zusammenfinden, wie in einem Sammelbecken zu einer einzigen Nation verschmelzen. Aber wir möchten einmal sehen, was Herr Wilson sagen würde, wenn die Angehörigen irgend eines der Volkstämme, die die nordamerikanische Republik in ihren Grenzen vereint, unter Anwendung des Selbstbestimmungsrechts einen selbständigen Staat bilden wollten. Es darf wohl hier daran erinnert werden, daß die Vereinigten Staaten in den Jahren 1861 bis 1865 einen blutigen Krieg führten, als sich die Südstaaten von der Union loszureißen suchten. Ebenso würde sich das mit den Vereinigten Staaten verbündete Großbritannien sehr energisch wehren, wenn man ihm zumutete, alle Völker seines Reiches das unbedingte Selbstbestimmungsrecht geben; wenn z. B. die französischen Kanadier forderten, daß man ihnen die Bildung eines völlig selbständigen Staates gestattete. Eine unbedingte Anwendung des Selbstbestimmungsrechts würde dazu führen, daß Länder des Österreich-Ungarn und die Türkei in hundert Kleinstaaten zerfielen, und damit wäre wieder den beteiligten Völkern selbst, noch der Menschheit ein Dienst erwiesen.

Wilson hat seine Friedensbedingungen in einige Lehrsätze zusammengefaßt. Aber gerade bei dieser Formulierung zeigt sich, wie wenig man der Hilfe der beim Friedensschluß zu regelnden Fragen durch ein paar starre Grundsätze gerecht werden kann. Wo und wie immer derartige Versuche sind,

Französische Vorschläge abgewiesen.

13. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Stärkere Entlastungsabteilungen, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Cuijnon-Bache ansetzt, wurden im Kampfe abgewiesen.

Im übrigen blieb die Westfront auf kleinerer Entlastungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach westlicher Neuverteilung zwischen Füssen und der Westfront mehrere französische Kompanien bei Remenauville und im Westteil der Bricherwaldes gegen unsere Linie vor. Nach kurzem Kampfe wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Am Tübelfoß und am Hermannswaldkopf Artillerie- und Minentätigkeit.

In Vergeltung feindlicher Bombenwürfe auf Saarbrücken am 6. Februar griff unsere Artillerie gestern Abend die Stellung Raucy mit Erfolg an.

Wazebonische Front.

Bei Roncourt und am Warber Artillerie- und Fliegeraktivität.

Son den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

formuliert nur Allgemeinheiten heraus, mit denen sich erst dann etwas anfangen läßt, wenn man weiß, wie sie auf die einzelnen beim Friedensschluß zu regelnden Streitfragen angewandt werden sollen. Was ist zum Beispiel damit gesagt, wenn es bei Wilson heißt, daß jede endgültige Vereinbarung auf Gerechtigkeit aufgebaut sein müsse oder daß jede Lösung einer Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung erfolgen muß? Wer soll darüber entscheiden, was gerecht ist, wer darüber, was im Interesse der betreffenden Bevölkerung liegt?

Wilson glaubt, daß es keinen Weg zum Frieden gibt, wenn nicht die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden. Dabei irrt er freilich, wenn er behauptet, daß der Krieg seine Ursache in der Nichtachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen hat. Die Ursachen des Krieges sind vielmehr in den Gegensätzen der großen Staaten, in den Forderungen ihrer Staatsmänner und in der Verhegung zu suchen, die in allen Ländern von den Chauvinisten getrieben wurde. Die Vergewaltigung kleinerer Staaten, die in diesem Kriege so oft vorkam und vor der auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika durchaus nicht immer zurückzublicken, ist nur eine Begleiterscheinung des Kampfes zwischen den Großen. So sehr wir mit Wilson in dem Wunsch übereinstimmen, daß der Friede, der nach diesem Kriege geschlossen wird, künftigen Kriegen ein für allemal einen Riegel vordrücken möge, so glauben wir doch, daß man damit nicht weiter kommt, daß man immer wieder von diesem Ziele spricht und dessen Erreichung als eine Bedingung des Friedensabschlusses hinstellt. Es kommt unserer Auffassung nach vor allem darauf an, daß die kriegführenden Staaten endlich einmal in einen näheren Gedankenaustausch über die einzelnen Fragen treten, die bei diesem Friedensschluß entschieden werden müssen. Gelingt es ihnen, darüber zu einer Einigung zu kommen, so ist am besten die Vorbedingung dafür gegeben, daß ein Verhältnis zwischen allen Staaten geschaffen werden kann, das spätere Kriege ausschließt.

Hier müssen vor allem auch die Friedensbemühungen der deutschen Regierung einsehen. Will sie der im Ausland vielfach herrschenden und offenbar auch von Wilson geteilten Auffassung entgegenreten, daß sie weitgehende Eroberungsabsichten hat, so kann sie das mit Rücksicht auf Erfolg nur tun, indem es unzweideutige Erklärungen über ihre Kriegsziele, vor allen Dingen über ihre Stellung zur belgischen Frage abgibt. Die deutsche Regierung sollte sich endlich einmal darüber klar werden, daß es ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke ist, auch den Schein zu vermeiden, an ihrer unklaren Haltung könnte das Zustandekommen von Friedensverhandlungen scheitern.

Bei allem, was an der Rede Wilson's anzusetzen bleibt, kann man keinesfalls sagen, daß sie einen Vorteil dafür bietet, daß er ein unehrliches und falsches Spiel treibt. Geradezu selbstlos aber ist es, wenn ein hiesiges Erobererblatt, der Dresdner Anzeiger, diese Rede einfach als einen Verhegungsversuch bezeichnet. Das deutsche Volk hat in diesem Kriege wirklich Blutopfer genug gebracht und wir müssen daher jedes Anzeichen von Friedensgenauigkeit im gegnerischen Lager beachten und versuchen, es zur Annäherung weiterer Friedensbesprechungen zu bringen. Ein Verdrehen am deutschen Volke ist es, wenn man Behauptungen wie die Wilson's, mit einer elastischen Handbewegung abtut.

Das Verhalten des Dresdner Anzeiger zeigt hier wieder einmal, daß unsere Eroberungsphantasie von einem duldigen Frieden nichts wissen wollen, es ist ihnen noch nicht genug Blut geflossen. Sie leben in dem törichten Wahn, daß Deutsch-

land nur den Krieg weiterzuführen braucht, um schließlich die halbe Welt auf die Knie zwingen zu können. Durch ihr Treiben geben sie den Gegnern der Kriegsverlängerer im feindlichen Ausland immer neue Nahrung und ist gar nicht abzusehen, mit wie großen Opfern an Gut und Blut das deutsche Volk das unnütze Gebaren dieser Leute bezahlen muß.

Wilson's Rede im Kongress.

Washington, 12. Februar. In seiner Rede, die Wilson gehalten im Kongress hielt, führte er aus:

Zufolge meiner Rede vom 8. Januar und die des englischen Premierministers vom 5. Januar haben der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin am 24. Januar geantwortet. Die Antwort des Grafen Czernin ist in einem sehr freundlichen Tone gehalten. Er erklärt in meiner Erklärung eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Kriegsziele. Wenn er angegeben haben soll, daß mir seine Ansichten zuvor mitgeteilt worden seien, so ist er sicherlich mißverstanden worden. Ich habe keine Mitteilung vorher von ihm, was er zu sagen beabsichtigte.

Graf Hertling's Antwort.

Er ist sehr unbestimmt und voller zweideutiger Sätze. Sie bestätigt leider mehr den unglücklichen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in West-Britannien gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Er weigert sich, unsere allgemeinen Grundbegriffe auf die wesentlichen Punkte für eine endgültige Abmachung anzuwenden. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Verhandlungen. Er scheint darauf zu bestehen, daß der Ausgangspunkt öffentlicher Diplomatie auf Allgemeinheiten beschränkt werde und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiets- und Staatsoberhoheit, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Erörterungen, sondern getrennt von den insoweit ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der

Freiheit der See.

zu, aber ist zweifelhaft über eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er erhebt keine Einwendungen gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit würde sich durch die Wirtschaftslage nach dem Kriege von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zur Aufgabe gestellt werden. Er will nur mit Ruhland über das Schicksal der belgischen Länder, mit der französischen Regierung über die Klärung des französischen Gebiets, mit Oesterreich über Polen verhandeln. Nachdem ein Abkommen in dieser Weise noch alles durch Einzelverhandlungen erzielt ist, hätte er keine Einwendungen gegen eine Liga der Nationen zur Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte gegen Störungen zu erheben.

Auf einer solchen Basis kann aber unmöglich ein allgemeiner Friede erzielt werden. Die Methode des deutschen Reichskanzlers ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Auf dem Spiele steht

der Weltfriede.

eine neue Weltordnung, aufgebaut auf den weisesten und umfassendsten Grundbegriffen von Recht und Gerechtigkeit. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Das ist die Reichsstaatsentfaltung vom 19. Juli vollkommen vergessen, aber überblickt er sie vollständig? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausbeutung, aber von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der ersten Entscheidung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf die ich hingewiesen habe. Was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist keineswegs beseitigt, wenn es in unehrlicher Weise geschieht. Ich schreibe Hertling nicht bewußt, daß er jetzt in einem

Reichsstaatsentfaltung der ganzen Menschheit.

spricht? Die Reichsstaatsentfaltung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Interventionen noch Entschädigungen oder strafrechtlichen Schadenersatz geben. Die Sanktionen dürfen nur nach gemäß ihrer eigenen Zustimmung bedrückt und registriert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein abstrakter Grundbegriff, den die Staatsmänner schließlich nur auf ihre eigene Gefahr mißbrauchen werden. Ein allgemeiner Friede kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwie beteiligt sind, zumutend machen. Jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterworfen werden. Die Vereinigten Staaten sind in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob wolkend oder nicht, zu Mitbetroffenen in den Leiden und der Angewalt, die von den

militärischen Herrern Deutschlands

dem Frieden und der Sicherheit und der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind. Die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr, wie irgendeine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zukommt. Wir haben keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt und die Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hat keine Wurzeln in der Weltanschauung der kleinen Nationen und Rassen, denen die Gerechtigkeit und die Rechte ohne ihre Ansprüche, ohne ihre Interessen, ohne ihre Bedürfnisse und ihre Rechte des politischen Lebens durchgehenden, durch die verschiedenen Verhandlungen und die herkömmlichen Methoden aller Nationen, welche die Weltanschauung haben, nicht so leicht durchgängig unmöglich werden. Wenn man über Gebietsfragen und poli-